

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Grundabonnement: Nachrichten Dresden.
Semiperiodisch - Sammelnummer 25 241.
Preis für Nachgelehrte: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. August 1925 bei täglich zweimaliger Auslieferung pro Tag 1,50 Mark.
Postbezugspreis für Monat August 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Die Abonnenten werden nach Goldmark berechnet: die einzelpolige 30 mm breite
Postkarte 10 Pf., ihr auswärts 35 Pf., Familienansagen und Stellenanzeige ohne
Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamekarte 150 Pf.,
außerhalb 200 Pf. Offerungsgebühr 10 Pf. Zusatz: Rücksicht ohne Voraussetzung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Straßenkämpfe mit Kommunisten in Berlin.

Die Zusammenstöße mit den Kommunisten planmäßige Angriffe auf die Polizei.

Die Organisierung der militärischen Einkreisung Deutschlands. — Sarrail als Sündenbock in Syrien. — Pariser Kabinettssrat über London.

„Zum Sturm vor, marsch, marsch!“

Berlin 14. August. Nachdem die Berliner Arbeiterschaft und auch die kommunistischen Mitläufer es abgelehnt hatten, der für den Mittwoch von der A. P. D. ausgegebenen Parole eines sofortigen politischen Demonstrationsstreiks aus Anlass der Entfernung kommunistischer Sätze aus dem Reichstag zu folgen, hatte man für Donnerstag abend zu Massendemonstrationen gegen den angeblichen Volkmacher und Staatsraub aufgerufen. Die kommunistischen Sprecher wußten sehr wenig von dem Volksrecht zu sagen, jedoch um so mehr von der angeblichen Vergewaltigung der „Arbeitervertreter im Reichstage“. Während es im allgemeinen bei den Versammlungen ruhig zuging, kam es, wie bereits kurz berichtet, gegen 10 Uhr abends zu blutigen Zusammenstößen zwischen Schupo und Kommunisten.

An der Ecke Bad- und Puttmannstraße erschien ein Zug von etwa 500 bis 600 kommunistischen Demonstranten, der dort den Straßenzug vollkommen verplante und den Verkehr unterband. Die Kommunisten terrorisierten die Läufer der Fußgänger ebenso wie die Passanten und gingen handgreiflich gegen diejenigen vor, die sich ihren Übergriffen zu widerlegen versuchten. Die Schupo forderte schließlich die Demonstranten auf, ihren Zug zu teilen und dem Verkehr freie Bahn zu gewähren.

Als Antwort erhoben sich aus den Reihen der kommunistischen Frontkämpfer das Kommando: „Zum Sturm vor, marsch, marsch!“ Am nächsten Augenblick häuften etwa 100 Kommunisten, die mit Schlagringen und Knüppeln bewaffnet waren, und die anderthalb unter den Zügen Plakatsteine trugen, gegen das kleine Kommando der Schupo an.

Unter dem Steinbagel muhten die Beamten, von denen mehrere verletzt worden sind, zunächst zurückweichen, machten dann aber die Schußwaffe bereit und forderten die Kommunisten nochmals auf, auseinander zu gehen. Als Antwort drang die Menge erneut auf die Beamten ein und senkte auf sie Schüsse ab, worauf die Polizisten mehrere Schüsse abgaben. Einer der Demonstranten, der 50-jährige Kommunist Straßburg, brach schwer getroffen zusammen, und zwar durch einen Schuß aus den Reihen der Demonstranten. Schließlich nahmen mehrere Wagen der Schupo, die Verstärkungen heranbrachten, doch gelang es erst nach geraumer Zeit, die Menge, die noch immer eine sehr angriffsstötige Haltung einnahm, abzudrängen.

Der zweite Zusammenstoß

Erstellt sich in der Frankfurter Allee ab, gegenüber der sogenannten Beberwiese. Von der Landsberger Allee fanden Jäger der Kommunisten, die sich vereinten wollten. In diesem Augenblick kam ein Wagen bei der Limonadenfabrik die Frankfurter Allee entlang gefahren. Die Kommunisten, die über die „Südung“ erboten waren, umringten den Wagen, rissen dem Aufsichtsbeamten die Bügel aus der Hand und versuchten den Lenker vom Podest zu holen. Auf die Hilferufe des Überfallenen achtete ein Offizier der Schupo mit fünf Mann und forderte die Demonstranten auf, die Straße freizugeben.

Als Antwort schlugen die Kommunisten mit Stöcken und Gummiknüppeln auf die Beamten los, die in eine außerordentlich bedrängte Lage gerieten.

Die Situation wurde so ernst, daß der Offizier schließlich den Befehl gab, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Es fielen mehrere Schüsse, durch die, so weit sich bisher feststellen läßt, zwei Personen schwer verletzt wurden sind. Zusätzlich nahm in diesem Augenblick ein Lastwagen der Schupo mit zahl-

reichen Beamten. Beim Herannahen der Verstärkung ergriessen die Kommunisten die Flucht. Sie lammelten sich jedoch wenige Minuten später wieder vor der Gastwirtschaft des kommunistischen Landtagsabgeordneten Paul Hoffmann und zogen erneut nach der Beberwiese. An der Ecke der Frankfurter Allee trat die Schupo den Fußgängern wiederum entgegen und forderte sie auf, die Straße freizugeben.

Die Antwort bestand in einem Steinbagel. Erneut gingen die Polizeibeamten mit Gummiknüppeln vor, so zu einer Handgemenge, bei dem wiederum eine Anzahl Kommunisten Verlegerungen davontrugen. Erst nach geraumer Zeit, und nachdem noch weitere Verstärkungen herangezogen worden waren, gelang es, die Straße freizumachen und die Kommunisten abzudrängen. Nach kommunistischen Angaben ist auch in der Beberwiese ein Arbeiter tödlich verletzt worden. Die Zusammenstöße beschäftigen zurzeit die Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums.

Der Berliner Polizeipräsident über die Krawalle.

Berlin, 14. Aug. Neben die schweren Zusammenstöße zwischen Kommunisten und der Schupo sprach sich heute der Berliner Polizeipräsident Oskar Jeschinski vor Pressevertretern aus. Am Donnerstag nachmittag waren Vertreter der Kommunistischen Partei beim Polizeipräsidenten erschienen, um ihn zu fragen, ob seine in letzter Zeit erlassenen Erlassen gegen sie angewendet werden sollten. Der Polizeipräsident beantwortete darauf, daß sich die Erlassen nur gegen Aufzüge von Bewaffneten richten und solche, die erkennen lassen, daß sie zu Gewalttätern zusammengekommen seien. Die Kommunisten versicherten dem Polizeipräsidenten die Friedfertigkeit ihrer Absichten. Die Demonstrationen seien denn auch gut verlaufen. Die Zusammenstöße seien darauf zurückzuführen, daß eine größere Anzahl von Teilnehmern lange nach der Demonstration den Verkehrsordnungen der Polizeibeamten nicht Folge leisteten. Dies sei aber nur der äußere Anlaß an den kommunistischen Gewalttätern gemessen. Aus den Aussagen der verwundeten und auch der übrigen Polizeibeamten gehe hervor, daß es sich um eine ganz bewußte Aktion der Kommunisten handle. Am besten zeige das Signal, das gegeben wurde mit den Worten „Auf zum Sturm, marsch, marsch!“ für den Angriffswillen der Kommunisten. Ferner die Tatsache, daß man den „Roten Frontkämpferbund“ mobil gemacht habe, dessen Mitglieder sich in großer Anzahl unter den Demonstranten befanden. Vermehrung ist es dabei, daß der bei den Zusammenstößen getötete Kommunist nicht von der Schupo, sondern von seinen eigenen Genossen, nämlich durch einen Schuß in den Rücken getötet worden ist. Der Polizeipräsident ließ zum Zeichen dafür, was die Kommunisten vorhatten, auch einige den Kommunisten abgenommene Waffen und sonstige Angriffsgeräte zeigen. Auffallend waren vor allem die überaus dicken Revolver, mit denen sich namentlich die roten Frontkämpfer verschworen hatten und die, wie der Polizeipräsident betonte, doch kein vernünftiger Mensch bei sich trage, wenn er in den Straßen Berlins an einer friedlichen Demonstration sich betätige. Ein weiteres Zeichen dafür, wie schwer der Kampf war, waren auch die zerstörten und zerrißenen Tücher und Uniformstücke der verwundeten Polizeibeamten, die der Polizeipräsident ebenfalls vor den Pressevertretern ausbreitete.

Sie zeigten am besten, mit welcher Gedaußheit bestialisches Tun die Kommunisten auf die Polizeibeamten losgegangen sind. Interessant ist ferner noch die Tatsache, daß unter den kommunistischen Personen, die gestern erschossen wurden, sich auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Scholem befand, der allerdings sofort wieder freigelassen wurde, als er sich legitimiert hatte.

Vor dem Stockholmer Kirchentag.

Von Präsident D. Dr. Böhme (Dresden).

Mitglied der deutschen Delegation für Stockholm.

Vom 19. bis 30. August d. J. wird in Stockholm die Weltkonferenz für praktisches Christentum (Universal Christian Conference on life and work) tagen.

Diese Konferenz verdient die weitestgehende Aufmerksamkeit nicht nur aller kirchlichen und politischen Kreise, sondern auch die innere Anteilnahme der christlichen Bevölkerung in allen ihren Schichten. Ist es doch zum ersten Male seit der Zeit der Reformation, daß der Versuch unternommen wird, die Vertreter aller christlichen Kirchen des Erdkreises in einer Versammlung zu einer gegenseitigen Aussprache über die Grundfragen des praktischen Christentums zu vereinigen.

Die Weltkonferenz, deren Zustandekommen im wesentlichen auf die Initiative des schwedischen Erzbischofs D. Söderblom zurückzuführen ist, wird aus etwa 800 offiziellen Delegierten fast aller christlichen Kirchen zusammengelegt sein, wobei eine große Anzahl von Gästen (etwa 1000) erwartet wird. Von der amtlichen Beteiligung hat sich nur die römisch-katholische Kirche ausgeschlossen. Dagegen werden neben den Abgesandten der sonst in Europa, Großbritannien, den romanischen Ländern und in Amerika bestehenden christlichen Kirchen auch die Vertreter der griechisch-katholischen Kirche erscheinen.

Die deutschen evangelischen Kirchen, wie sie im Deutschen Evangelischen Kirchenbund vereinigt sind, werden durch 77 Delegierte vertreten sein, die der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß aus seiner Mitte abgeordnet oder aus anderen hervorragenden kirchlichen Interessentenkreisen in Vorschlag gebracht hat oder die unmittelbar eingeladen sind. Unter den geistlichen Vertretern finden wir den Landesbischof von Sachsen, D. Ahmels, der einer besonderen Einladung des Erzbischofs D. Söderblom folgt, Prälat D. Dr. Schöll (Stuttgart) u. a. Der Führer der deutschen Delegation ist der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, D. Dr. Kappler (Berlin).

Die Konferenz ist in vier Sektionen eingeteilt, europäisch-kontinentale, britische, amerikanische und orientalische. Schon die Zusammensetzung der Versammlung läßt erkennen, daß die Verhandlungen mit Rücksicht auf die zahlreichen in ihr vertretenen Völker und Sprachen zu gewissen Schwierigkeiten führen können, die nur durch weitgehendes Eingreifen von Dolmetschern und durch eine energische Geschäftsordnung sich überwinden lassen. Als Konferenzsprachen sind nur drei zugelassen, die deutsche, die französische und die englische. An das Zustandekommen dieser Weltkonferenz werden nun eindeutig sehr optimistische Hoffnungen geknüpft, andererseits wird der praktische Erftrag derselben recht pessimistisch beurteilt. Gegen allzuweit gehende Hoffnungen sprechen allerdings, wie sich nicht verkennen läßt, eine Reihe von schwerwiegenden Momenten. zunächst ist damit zu rechnen, daß die ungeheure politische Erregung, welche noch in allen Völkern als traurige Folge des Weltkrieges nachzittert, auch gewisse nationale Verschiedenheiten der Teilnehmer erkennen und machen kann in einem Maße, das zu anderen Seiten vielleicht nicht vorhanden gewesen wäre. Erzbischof Söderblom sowie der vorbereitende Ausschuß haben jedenfalls von vornherein auf das bestimmt betont, daß auf der Weltkonferenz die Erörterung jeglicher konkreten politischen Frage ausgeschaltet sein müsse. Man kann nur wünschen und hoffen, daß von allen Teilnehmern, die sich entschließen, der Einladung zu folgen, dieser Wunsch auf das genaue erfüllt wird; denn dies ist die erste Voraussetzung für den befriedigenden Verlauf der Konferenz überhaupt. Es handelt sich um eine Prüfung und Verteilung allgemeiner ethischer Fragen, wie sie sich den Kirchen im Lichte des Christentums und seiner Quelle, der Heiligen Schrift, darstellen. Diese anschließlich religiöse und allgemeine Betrachtungsweise kann und wird hoffentlich dazu dienen, über die etwa sonst auftauchenden Schwierigkeiten hinwegzuholzen.

Eine weitere Schwierigkeit besteht in dem unermesslich großen Stoff, der den Verhandlungsgegenstand der Konferenz bilden soll. Es sollen verhandelt werden die Fragen des Familienlebens, der Erziehung, des Unterrichts, die Jugendbewegung, Frauenfrage, die christliche Auffassung der Berufe, das Verhältnis zu den staatlichen Ordnungen, die Strafrechtsordnung, die soziale Frage, das Verhältnis von Staat und Kirche, Minoritätenrecht, Missionfrage bis zu dem internationalen Verhältnis der Völker untereinander und der Verhütung von Kriegsaufnahmen. Man sieht, daß mehr oder weniger fast alle ethischen Probleme, wie sie überhaupt nur gedacht werden können, irgendwie zur Verhandlung kommen sollen. Bedenklich ist man, daß es sich im wesentlichen um kaum mehr als zehn Verhandlungstage handeln wird, so kann man natürlich nicht erwarten, daß in allen den Hunderten und Tausenden von Fragen, die hier auftauchen, eine auch nur annähernd erlösende Ausprache wird erfolgen können. Bei dem Umfang des Stoffs wird es besonders schwierig sein, auch nur in einzelnen Beziehungen bedeutsame und wertvolle Resolutionen, welche sich der allgemeinen Zustimmung erfreuen, herzustellen.

Die in den angestellten Ländern übliche äußere Form der Diskussion und Resolution wird auch hier in die Erscheinung treten müssen, falls überhaupt zu irgendwelchem Ergebnis gelangt werden soll. Der dauernde Wert der Verhandlungen wird deshalb vielleicht nicht in diesen selbst, sondern in den außerordentlich umfangreichen Vorarbeiten zu suchen sein, die von Vertretern der einzelnen Nationen in Gestalt von vorbereitenden Referaten bereit gestellt sind.

Ein Kriegsrat der Kleinen Entente.

Konferenz des Generalstabes.

Bukarest, 14. August. In der nächsten Zeit verlammeln sich die Generalstabsoffiziere, die in der Kleinen Entente zusammengeschlossen Staaten, Tschecho-Slowakei, Rumänien, Jugoslawien und Polen in Bukarest, um über die Frage des einheitlichen Oberbefehls im Kriege zu sprechen. Natürlich werden an dieser wichtigen Versammlung auch französische Generalstabsoffiziere teilnehmen, um den Balkan zu diffizieren, was sie beschließen sollen. Die genannten Staaten haben zum Teil schon längere Zeit Militärkonventionen untereinander abgeschlossen, die alle ihre Spieße gegen Deutschland haben, und etwa französische vom Rhein aus in Aussicht genommene Angriffe gegen Deutschland von Osten her unterstützen sollen. In diesen Verträgen war der Oberbefehl für ein gemeinsames Vorgehen gegen Deutschland wohl infolge geregelt, als französische Generäle, die gegen die Grenzen vorrückenden polnischen Heere, wie auch die in Mähren aufzustellenden Truppen der Tschechoslowakei führen sollten. Offengelassen war jedoch die Frage, wer die Hauptmasse der Armeen, die sich im Raum Prag, Leitmeritz, Königgrätz zu versammeln hätte, führen sollte. Im Laufe des Jahres hatten die Mitglieder der französischen Mission die Generäle der Kleinen Entente und ihre Eisernen Füchse untereinander genügend kennengelernt. Die Erfahrungen des Weltkrieges bestätigten die Ansicht, daß im Koalitionenkrieg nur ein gemeinsamer Oberbefehl zum Siege führen kann. Aus diesen Gründen kommt es

dann, daß die französischen Generalstabsoffiziere darauf hinzuweisen, die gemeinsame Streitmasse ihrer Verbündeten im Osten nicht nur einheitlich auszubilden und zu gliedern, sondern sie auch unter einen gemeinsamen Oberbefehlshaber zu stellen. Es dürfte wohl nicht zweifelhaft sein, daß der Oberbefehlshaber oder doch der Chef des Stabes ein französischer General sein wird.

Naturgemäß werden auf der Konferenz auch wichtige Organisations- und Mobilisierungsfragen besprochen werden. Polen und die Tschecho-Slowakei werden über ihre Männer und ihre Schießübungen an den deutschen Grenzen berichten. Polen darf sich rühmen, die Vermehrung seiner Grenzländer beendet und das Telegraphennetz nach rein militärischen Gesichtspunkten aufgebaut zu haben, welchem Beispiel auch die Tschecho-Slowakei bald folgen wird. Auch diese Konferenz ist ein erneuter Beweis dafür, wie die sogenannte allgemeine Abrüstung, zu der die Entwicklung Deutschlands unter brutalstem Zwange nur die Einleitung bilden sollte, auf Seiten seiner Gegner aussieht.

Polnische Minderheitsschulen ohne Kinder.

(Grauer Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)

Berlin, 14. Aug. Mit Genehmigung des Ministers sind in Westoberösterreich wieder fünf polnische Minderheitsschulen, die keinen Besuch anzunehmen hatten, geschlossen worden, darunter zwei Schulen im Kreise Oppeln, wo sich trotz schwärfster polnischer Agitation nur zwei Kinder zum Unterricht meldeten hatten.

